

# Festhalten am Frühfremdsprachen-Fahrplan

Überparteilicher Auftrag für eine Verschiebung um drei Jahre blieb im Kantonsparlament chancenlos

**Mit dem Ruf «Qualität statt Tempo» hatten die Auftraggeber um den Oltner EVP-Kantonsrat René Steiner eine Verschiebung um drei Jahre gefordert. Regierung, Fachkommission und Ratsmehrheit waren sich jedoch einig: An der Einführung der Frühfremdsprachen ab Schuljahr 2011/12 soll festgehalten werden.**

UELI WILD UND BEAT NÜTZLI

Konkret hätte die Umsetzung des überparteilichen Auftrags bedeutet, dass der Französischunterricht ab der 3. Klasse erst ab dem Schuljahr 2014/15 (statt 2011/12) und der Englischunterricht ab der 5. Klasse erst ab dem Schuljahr 2016/17 (statt 2013/14) Tatsache würde. Nicht zuletzt, weil der Kanton Solothurn beim Projekt «Passepartout» in eine verpflichtende interkantonale Vereinbarung mit fünf weiteren Kantonen (BL, BS, BE, FR, VS) eingebunden ist, hatte der Regierungsrat Nichterheblicherklärung des Auftrags beantragt. Das entsprechende Konkordat hat der Kanton Solothurn im November 2006 mit grossem Mehr ratifiziert. Der ursprünglich für 2010/11 vorgesehene Start wurde – gemäss Stellungnahme des Regierungsrates – «zugunsten einer Planungsoptimierung» um ein Jahr verschoben. Mit einer weiteren Verschiebung um drei Jahre jedoch, so die Regierung, würden die Investitionen in die Ausbildung des Weiterbildungskaders nahezu zunichte gemacht. Und: Es könne doch nicht sein, dass Solothurn der einzige Kanton sei, der die Umsetzung in der vorgegebenen Zeit nicht schaffe und damit einen Nachteil für seine Heranwachsenden in Kauf nehme.

## Genügend qualifizierte Lehrkräfte

Die Bildungs- und Kulturkommission (Bikuko) ist zum gleichen Schluss gekommen wie die Regierung. Den Auftraggebern gab Kommissionssprecher Urs von Lerber (SP, Luterbach) insofern ein Stück weit Recht, als auch er die Qualität als das zentrale Anliegen bezeichnete. Allerdings seien die Bedenken unbegründet, habe sich doch herausgestellt, dass Lehrpersonen, die

über die erforderliche Qualifikation verfügen, in genügender Zahl vorhanden seien. Es sei sogar damit zu rechnen, dass beim Start mehr entsprechende Lehrkräfte zur Verfügung stünden, als benötigt würden. «Das Projekt Passepartout ist gut aufgegleist», so von Lerber weiter. «Eine Verschiebung löst keine Probleme, sondern schafft sogar neue.» Es gelte, «den Schwung beizubehalten», riet der Bikuko-Sprecher, sprich: den Auftrag nicht erheblich zu erklären.

## «Nicht zurückkriechen»

Gleicher Meinung waren – mit Ausnahme der SVP – auch die Fraktionen. «Nicht zurückkriechen, sondern wie Regierung und Bikuko am Projekt festhalten», lautete die Empfehlung von Philipp Keel (Grüne, Luterbach). Eine Verschiebung würde nur Sinn machen, erklärte Franziska Roth (Solothurn), die Sprecherin der SP-Fraktion, wenn garantiert werden könnte, dass später bessere Bedingungen für die Einführung der Frühfremdsprachen herrschen würden, doch das sei nicht der Fall. Grundsätzlich sei der Auftrag nicht unberechtigt, doch sei noch selten ein Projekt im Bildungsbereich so seriös aufgegleist worden wie dieses. Und das Entscheidende: «Es gibt genügend qualifizierte Lehrkräfte.» Die SP-Fraktion werde daher grossmehrheitlich gegen Erheblicherklärung des Auftrags stimmen.

«Eine Verschiebung würde nichts bringen», zeigte sich auch Barbara Streit-Kofmel (Solothurn) als Sprecherin der Fraktion CVP/EVP/glp überzeugt. Die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen sei bis 2011 möglich, und die Einführung der Frühfremdsprachen tangiere andere Reformvorhaben im Bildungsbereich nicht. Eine Abweichung vom Fahrplan sei schon mit Rücksicht auf die übrigen fünf beteiligten Kantone nicht angezeigt. Ganz ähnlich tönte es von Seiten der Freisinnigen, deren Sprecherin, Verena Enzler (Lostorf) unterstrich, dass gemäss der vorliegenden Erhebung viele Schulen bereits auf guten Wegen seien und dass eine Verschiebung deshalb wenig Sinn mache. Die FDP-Fraktion, so Enzler, lehne den Auftrag einstimmig ab.



**WEITER IM FAHRPLAN** Verstehen sie bald, worums hier geht? – Ab 2011/12 sollen sich Solothurner Kinder in der 3. Klasse – spielerisch – mit Französisch auseinandersetzen können. Auch wenn die SVP Fremdsprachen nicht als «Lebenskompetenz» versteht ... UELI WILD

## «Fuder mit Passepartout überladen»

Die Einführung der Frühfremdsprachen sei verfrüht, das Reformfuder im Bildungsbereich sei überladen, reklamierte demgegenüber Thomas Eberhard (Bettlach), der Sprecher der, wie die Abstimmung zeigte, allerdings nicht geschlossenen SVP-Fraktion, der eine schleichende Einführung des Fachlehrersystems witterte. Die Kinder würden sich jetzt schon über zu viele Lehrer und Zimmerwechsel beklagen. Höchste Priorität, so Eberhard, müsse die deutsche Sprache haben, und unter dem Fremdsprachenunterricht würden andere Fächer leiden. Die Primarschule, dozierte Eberhard, habe möglichst viel «Lebenskompetenz» zu vermitteln. «Und», so der SVP-Sprecher, «dazu zählen Fremdsprachen nicht!»

Das Solothurner Schulsystem befindet sich «in Geiselschaft» – die Frage, wie

der Kanton Solothurn im interkantonalen Vergleich dastehe, scheine wichtiger zu sein als die Qualität der Schule, schimpfte René Steiner (EVP, Olten) drauflos. Das Reformtempo im Bildungsbereich sei überhöht, und auch hier seien Raser unerwünscht, polemisierte Steiner. «Die entscheidende Frage ist: Gibt es genügend qualifizierte Lehrkräfte?» Anders als mehrere seiner Vordränger machte Steiner hier ernsthafte Zweifel geltend. Nur ein Viertel aller Schulen bezeichne sich als uneingeschränkt bereit für das Projekt Passepartout. «Was», wollte Steiner schliesslich von der Regierung wissen, «wenn wir 2011 merken, dass wir zu wenige Lehrkräfte haben?»

«Die Bremse kann man immer ziehen», antwortete darauf Bildungsdirektor Klaus Fischer, «aber ich bin überzeugt, dass das nicht nötig sein wird.»

Dem SVP-Sprecher sodann machte Fischer klar, dass die Frühfremdsprachen keinerlei Abstriche beim Fach Deutsch zur Folge haben. Im Übrigen habe das Votum von Thomas Eberhard gezeigt, dass es der SVP nicht um die Frage einer Verschiebung der Einführung gehe, sondern um die Frage «Frühfremdsprachen ja oder nein?» generell. «Darum geht es hier aber nicht, und in drei Jahren hätten wir wieder die gleiche Diskussion.» – Das Schulmaterial für Passepartout sei gut, und das Lehrpersonal sei bereit mitzumachen. Mit dem Verband Solothurnischer Einwohnergemeinden (VSEG) – dies als Antwort auf eine Bemerkung von Kuno Tschumi (FdP, Derendingen) – sei man der Kostfrage wegen seit jeher im Kontakt.

Der Bitte des Bildungsdirektors, den Auftrag nicht erheblich zu erklären, kam der Rat mit grossem Mehr nach.

## Seltene Pauschalbesteuerung

Interpellanten von Antwort der Regierung nicht befriedigt

Im März dieses Jahres reichte die damalige Fraktion SP/Grüne eine Interpellation zum Thema «Pauschalbesteuerung» ein. Wie SP-Fraktionschef Markus Schneider bei der Behandlung des Vorstosses gestern in Erinnerung rief, wurde die Pauschalbesteuerung im Kanton Zürich abgeschafft. Auch im Kanton Solothurn, wo das Instrument aber nicht exzessiv eingesetzt worden sei, gebe es keinen Grund, daran festzuhalten. Gleicher Meinung sind nach den Worten von Marguerite Misteli (Solothurn) auch die Grünen: «Das Prinzip ist unfair.»

Skeptischer zeigten sich die Sprecher der andern Fraktionen, Roland Fürst (Gunzgen, CVP/EVP/glp), Beat Loosli (FdP, Starrkirch-Wil) und Thomas Eberhard (SVP, Bettlach). Ein Vorpreschen sei verfehlt, lautete hier der Tenor. Und: Eine Abschaffung hätte nur Steuerausfälle zur Folge. In ihrer Antwort hatte die Regierung geschrieben, die Methode der Besteuerung nach dem Aufwand (Pauschalbesteuerung) werde überprüft. Auch eine Modifikation der geltenden Regelung sei neben der Abschaffung und der unveränderten Beibehaltung denkbar. Wobei bei einer Abschaffung die Zahl der bisher pauschal veranlagten Ausländer abnehmen werde. Gegenwärtig werden im Kanton Solothurn zwei Paare pauschal veranlagt. Der Ertrag an Bundes-, Staats- und Gemeindesteuern liegt bei knapp 50 000 Franken.

Nicht befriedigt von der Antwort zeigte sich der Erstunterzeichner der Interpellation, Philipp Hadorn (SP, Gerlafingen). Offenbar sei die Regierung nicht bereit, «einen kleinen Schritt in Richtung mehr Steuerrechtlichkeit zu wagen».

## Einzig die SVP für Steuerausfälle von 20 Millionen Franken

Der Kantonsrat lehnte den Auftrag für eine steuerliche Entlastung von so genannt «eigenverantwortlichen Familien» grossmehrheitlich ab

**Mit ihrem Vorstoss wollte die SVP-Fraktion Eltern, «die ihre Kinder im Familienkreis betreuen», steuerlich entlasten. Absehbare Kosten für den Fiskus: 20 Mio. Franken. Der Rat zog die Bremse und lehnte den Auftrag entschieden ab.**

Ginge es nach der SVP-Fraktion, würde das Steuergesetz so geändert, dass Mütter oder Väter, «die keine Drittbetreuung in Anspruch nehmen», jährlich einen Sozialabzug von 20 000 Franken (für ein Kind) respektive pauschal 30 000 Franken (für zwei oder mehrere Kinder) geltend machen könnten. Dass die Beträge «wohl zu hoch» seien, räumte SVP-Sprecher Thomas Eberhard (Bettlach) im Rat ein und liess durchblicken, dass der Vorstoss eine Reaktion auf die «Bestrafung der traditionellen Familie» sei. Denn der Staat habe ja offenbar dafür zu sorgen, dass es möglichst viele berufstätige Mütter gebe.

Der Regierungsrat hatte Nichterheblicherklärung des Auftrags beantragt. Weshalb, erklärte im Rat auch die Präsidentin der Finanzkommission (Fiko), Susanne Schaffner, (SP, Olten): Die Forderung der Auftraggeber sei masslos, habe sie doch jährliche Steuerausfälle von rund 20 Mio. Franken zur Folge. Zudem würden die Rechtsgleichheit und das

Gebot der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verletzt. Mit 11:3 Stimmen, so Schaffner, habe die Fiko entschieden, der Regierung zu folgen und Nichterheblicherklärung zu beantragen.

## Nicht mehr als eine Provokation?

Auf den ersten Blick komme der Vorstoss ja sympathisch daher, meinte Urs Allemann (CVP, Rüttenen). Freilich sei er bestenfalls ein gut gemeinter Gag, den man nicht ernst nehmen könne, aber nicht wirklich gut ... Der Vorstoss gegen die Rechtsgleichheit sei verfassungswidrig. Dieser «Rundumschlag» sei so abwegig, dass man ihn höchstens als Provokation begreifen könne. Die Fraktion CVP/EVP/glp, so Allemann, lehne den Auftrag ab. – Zu einer «vernünftigen Familienpolitik», erklärte Franziska Burkhalter (SP, Biberist), würde die SP durchaus Hand bieten – aber nicht, wenn es darum gehe, «20 Millionen derart ungerecht zu verteilen».

## «Geld für die SVP-Klientel ...»

Die SVP nehme doch sonst für sich in Anspruch, die Hüterin einer gesunden Finanzpolitik zu sein, stichelte Beat Käch (Solothurn), der Sprecher der freisinnigen Fraktion. So ernst könne es ihr mit diesem Auftrag daher doch wohl nicht sein. Offenbar wolle die SVP den Staat einfach dazu bringen, ein bisschen

mehr Geld für ihre Klientel auszugeben. Mit diesem Auftrag, der weit übers Ziel hinaus schieße, lasse sich indessen keine Familienpolitik betreiben. Für die SVP seien Eltern, die ihre Kinder betreuen lassen – «dem Staat abliefern», nach SVP-Diktion – anscheinend Rabeneltern. Dabei sei es heutzutage eher schon ein Privileg, wenn man seine Kinder selber betreuen könne. Solche Familien sollten, so Käch, nicht auch noch steuerlich privilegiert werden. Die FDP-Fraktion sage Nein zu diesem Auftrag. – Für Nichterheblicherklärung plädierte, namens der Fraktion der Grünen, auch Marguerite Misteli (Solothurn).

Entscheidend sei, ob ein familienpolitisches Instrument finanzierbar sei oder nicht, erklärte Roland Heim (CVP, Solothurn) als Einzelsprecher. Bei den Familien-Ergänzungsleistungen zum Beispiel sei dies der Fall, nicht aber bei diesem Auftrag der SVP, der nach dem Giesskannenprinzip funktioniere.

Der Vorstoss sei schon aus rechtlichen Gründen nicht haltbar, betonte Finanzdirektor Christian Wanner noch einmal. Im Übrigen sei es «ein Unsinn, Fiskal- und Gesellschaftspolitik zu vermischen». Es sei nicht Aufgabe der Fiskalpolitik zu definieren, was eine «Normalfamilie» sei – und was nicht.

Der Rat entschied sich erwartungsgemäss mit grossem Mehr für die Nichterheblicherklärung des Auftrags.

## Nachrichten

### Offene Türen ingerannt

Oppositionslos hat der Kantonsrat gestern im Einklang mit Regierung und Fiko einen Auftrag der SVP-Fraktion erheblich erklärt und abgeschrieben, der die Beseitigung der «Dumont-Praxis» verlangt. Ziel dieser Teilrevision des Steuergesetzes ist es, Sanierungen älterer Bauten durch fiskalische Anreize zu fördern. Die SVP renne mit ihrem Vorstoss offene Türen ein, konstatierte FDP-Sprecher Beat Loosli (Starrkirch-Wil). In der Tat hat die Bundesversammlung 2008 beschlossen, die Dumont-Praxis abzuschaffen, und der Regierungsrat kündigte in seiner Stellungnahme an, die auf kantonaler Ebene fällige Änderung des Steuergesetzes mit der nächsten Vorlage zur Revision desselben zu beantragen. Zu Beginn des Jahres 2011 soll die Änderung in Kraft treten.

### Ungereimtheiten bei Transitgasleitungsbau

Befriedigt von der Antwort des Regierungsrates auf seine Interpellation «Ungereimtheiten beim Bau der Transitgasleitung Rodersdorf-Lotzwil» – nicht aber von der Situation – zeigte sich gestern Peter Brügger (FdP, Langendorf).